

Stillstand, Stellenabbau, schlechte Perspektive: Sachsens Erneuerbaren-Branche schlägt Alarm

VEE Sachsen e.V. & KlimaUnion Sachsen
Pressemitteilung 05/2026 vom 06. August 2026

Eine Umfrage unter Sachsens Erneuerbaren-Unternehmen zeigt: Die wirtschaftliche Lage in der Branche trübt sich deutlich ein. Grund sind unter anderem aktuelle Reformen auf Bundesebene und damit verbundenen regulatorische und wirtschaftliche Unsicherheit. In der Folge stehen Klimaziele, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für Kommunen auf dem Spiel. Gemeinsam appellieren deswegen VEE Sachsen e.V. und KlimaUnion Sachsen für Kontinuität und Verlässlichkeit in der Klima- und Energiepolitik. Denn die Energiewende hatte den grundsätzlichen Effekt, die Versorgung zu dezentralisieren und lokale Wertschöpfung zu stärken. Das neue EEG jedoch festigt die Strukturen fossiler Energiewirtschaft.

Das Stimmungsbild basiert auf einer Umfrage der VEE unter ihren Mitgliedsunternehmen. Auch wenn bei einzelnen Unternehmen die Projektauslastung hoch ist und insbesondere außerhalb Sachsens neue Erzeugungsanlagen entstehen, so zeichnet sich jedoch ein Trend deutlich ab: Ausnahmslos alle Teilnehmer der Umfrage bestätigen seit 2026 eine schlechtere oder sogar deutlich schlechtere wirtschaftliche Perspektive. „Die Anlagen, die derzeit entstehen, wurden vor drei Jahren genehmigt und bezuschlagt“, ordnet VEE-Präsident Falk Zeuner ein. „Wenn neu genehmigte Projekte keine Ausschreibungszuschläge erhalten, ist der enorme zeitliche und finanzielle Aufwand für die Planung futsch. Bei zu niedrigen Zuschlägen führt jede kleine Verschlechterung dazu, dass diese Projekte nicht mehr finanziert und dann zwei Jahre später auch nicht gebaut werden.“ Mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen für Projektierer und Arbeitnehmer in der Energiebranche, aber auch für Zulieferer und Industriestromkunden, die mittelfristig weiter mit hoch volatilen fossilen Energiepreisen aus Importen rechnen müssen.

Die Gründe für den drohenden Stillstand sind vielfältig. Die Bedingungen für zukünftige Investitionsentscheidungen haben sich spürbar verschärft. Dazu zählen insbesondere die gesetzlichen Änderungen durch das Netzpaket und der EEG-Novelle. Die Aussicht auf einen möglichen Redispatch-Vorbehalt oder die Ausweisung von Netzenspassgebieten erschweren die Planbarkeit und drücken die Wirtschaftlichkeit. Selbiges gilt für die erhöhte Belastung durch die Kommunalabgabe sowie die Pachtobergrenze, die die Möglichkeiten der lokalen Wirtschaft zum Vorteil der Netzbetreiber beschneidet. Und nicht zuletzt kämpft die Branche mit immer längeren Wartezeiten bei Netzanschlüssen.

Hinzu kommen bereits heute Probleme bei aktuellen Ausschreibungsprozessen, etwa:

- die **anhaltend starke Überzeichnung der Ausschreibungen** für Windenergie an Land bei begrenztem Ausschreibungsvolumen. Einem Ausschreibungsvolumen von rund 2.500 Megawatt stand ein Gebotsvolumen von rund 6.400 Megawatt gegenüber.
- **deutlich gesunkene Zuschlagswerte**, durch die bereits genehmigte Projekte teilweise nicht mehr wirtschaftlich umgesetzt werden können. Der mengengewichtete Zuschlagswert sank auf 5,06 Cent je Kilowattstunde – nach rund 6,8 Cent noch ein Jahr zuvor.
- Bislang **werden Beschleunigungsgebieten in den sächsischen Regionalplänen zudem nur sehr zurückhaltend ausgewiesen**, wodurch viele Projekte nicht von vereinfachten Genehmigungsverfahren profitieren können.

Die Folge: Teilweise können bereits heute genehmigte Projekte wegen fehlender Wirtschaftlichkeit nicht mehr umgesetzt werden. Der Jobmotor Energiewende, der erst 2025 [laut einer Bertelsmann-Studie](#) zu neuer Höchstleistung auflief, stottert bereits erheblich: Laut VEE-Umfrage bauen erste Unternehmen vorsorglich Stellen ab. Leidtragende sind auch Kommunen, denen Steuereinnahmen und Beteiligungserlöse durch heimische Wertschöpfung entgehen, sowie langfristig auch die sächsische Industrie, die schon heute deutlich mehr Grünstrom benötigt als verfügbar ist.

„Jedes nicht realisierte Windenergieprojekt bedeutet verlorene Investitionen, entgangene Steuereinnahmen und weniger regionale Wertschöpfung“, erklärt Matthias Schöneich, Regionalgruppenkoordinator der KlimaUnion Sachsen. „Gerade für Sachsen ist die Windenergie ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft, Unternehmen Aufträge sichert und den Industriestandort mit bezahlbarer Energie stärkt. Dafür braucht es Verlässlichkeit statt ständiger Unsicherheit bei den politischen Rahmenbedingungen.“

„Die vielen geplanten gesetzlichen Maßnahmen sind offensichtlich nicht aufeinander abgestimmt. Die Änderungen bei Netzentgelten etwa würden erneut die EEG-Umlage belasten, die ja eigentlich sinken soll. Es bräuchte eine ordnende Hand, denn wir benötigen Planungssicherheit“, appelliert VEE-Präsident Falk Zeuner an die Bundespolitik gerichtet. „Leidtragende sind hier auch die sächsischen Kommunen, welche die Einnahmen aus Erneuerbaren-Anlagen gut gebrauchen könnten.“

Verantwortlich für die Pressemitteilung:

Andreas W. Poldrack
Geschäftsstellenleiter
Telefon: 0351 418 833 611
Telefax: 0351 418 833 615
E-Mail: info@vee-sachsen.de

VEE Sachsen e. V.
Vereinigung zur Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien
Schützengasse 16
01067 Dresden

www.vee-sachsen.de
Präsident: Dipl.-Ing. Falk Zeuner – VR 2727 Amtsgericht Dresden

Die **VEE Sachsen e.V.** zählt zu den ältesten Netzwerken im Bereich der Erneuerbaren Energien. Das zentrale Ziel der Arbeit der VEE ist, die Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien durch aktives fachübergreifendes Handeln mit Kompetenz und Objektivität zu unterstützen und voranzutreiben. Die Vereinigung ist gemeinnützig und sachsenweit tätig. Der Zweck der VEE ist die Förderung von Bildung und Erziehung sowie von Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Nutzung Erneuerbarer Energien, insbesondere aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie und die Förderung des Klima- und Umweltschutzes durch ihre Anwendung.

KlimaUnion e.V., deren Teil die Landesgruppe Sachsen ist, ist ein 2021 gegründeter, rechtlich unabhängiger Verein, der sich vor allem aus Mitgliedern von CDU und CSU zusammensetzt. Ziel der Organisation ist es, innerhalb der Unionsparteien eine ambitioniertere Klima- und Energiepolitik zu fördern und diese mit einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung zu verbinden.